



Protokoll
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten
am 06.03.2019

Ort: Stadthaus, Saal
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

Anwesenheit:

Breitschuh-Wiehe, Gudrun	B90/GRÜNE	
Gerth, Christina	CDU	
Giesecke, Christina	CDU	
Kurth, Gunnar	SPD	
Koch, Ingo	SPD in Vertretung für Lobedann, Anja	SPD
Richter, Eberhard	DIE LINKE	
Richter, Brita	DIE LINKE	
Schulz, Dietmar	CDU	

Sachkundige Bürger und Gäste (siehe Anwesenheitsliste Anlage 1)

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten ist beschlussfähig.
Es sind ab 17:30 Uhr sieben - und ab 17:38 Uhr mit Frau Giesecke acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 3 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Beratung vom 06.02.2019 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

TOP 4 Beschlussvorlagen

4.1 III-003/19 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und SGB XII
v.: Geschäftsbereich III

Frau Micka informiert, dass Aufgaben des Vertragswesens nach SGB XII und SGB XI im Land Brandenburg im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemeinsam von den 18 Kommunen des Landes Brandenburg wahrgenommen werden. Dazu wurde beim Landkreis Spree-Neiße die Serviceeinheit Entgeltwesen gebildet. Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) vom 23.12.2016, das stufenweise in Kraft tritt, erfordert eine Anpassung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum 01.01.2020. Eine wesentliche Änderung besteht in der künftigen Einbeziehung der ambulant erbrachten Leistungen der Eingliederungshilfe. Bisher wurden diese von den Landkreisen und kreisfreien Städten in eigener Regie verhandelt. Ein Teil der bestehenden Aufgaben geht ab dem 01.01.2020 in die Serviceeinheit über und wird mit 0,4 VZE über die Serviceeinheit finanziert. Auf Nachfrage von Hrn. Schulz antwortet Frau Micka, dass die Stelle, welche anteilig für Cottbus Aufgaben der Serviceeinheit bearbeitet, örtlich im Fachbereich angesiedelt bleibt.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

4.2 III-004/19 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Cottbus/Chósebuz und in öffentlich vermittelter Kindertagespflege der Stadt Cottbus/Chósebuz (Elternbeitragssatzung der Stadt Cottbus/Chósebuz)
v.: Geschäftsbereich III

Herr Schneider berichtet, dass die Satzung auf Grund von zwei gesetzlichen Änderungen (Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung und Kitagesetz des Landes Brandenburg) neu überarbeitet werden musste. Die neue Gebührenfestsetzung (gemäß § 17 KitaG) erfolgt zum 01.08.2019. Für die freien Träger von Kindertagesstätten gibt die Stadt Cottbus zur Verwaltungsvereinfachung eine Empfehlung zur Vorbereitung und Herstellung des Einvernehmens nach § 17 Absatz 3 KitaG heraus.

Frau Giesecke verweist auf die stündliche Staffelung der Betreuung laut Entwurf des Brandenburger Kitagesetzes. Sie informiert, dass der städtische Elternbeirat sich eine stärkere Absenkung der Beiträge für Familien mit mehreren Kindern gewünscht hätte.

Frau Breitschuh-Wiehe verweist darauf, dass das offene Problem der dritten Betreuungsstufe nicht geklärt ist. In Cottbus ist zu über 50% eine Betreuung von 10 Stunden/Tag erforderlich. Die dritte Betreuungsstufe wird vom Land nicht finanziert, was zu einer Verschlechterung des Betreuungsschlüssels führt. Sie appelliert an alle Beteiligten, sich weiterhin für die dritte Betreuungsstufe einzusetzen.

Abstimmung: 7 : 0 : 1

TOP 5 Berichte

5.1. Berichterstattung Jobcenter Cottbus gE
v.: Geschäftsführer Hr. Mochmann

Herr Mochmann berichtet anhand der Präsentation der Anlage 2 über Bestand und Integration von jugendlichen Hilfebedürftigen nach SGB II sowie zu Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (§ 16h SGB II, Jugendberufsagentur). Zukünftig wünscht er sich eine neue Förderstruktur mit Werkstattcharakter in Form einer Produktionsschule. Für diese wären jedoch

25% Eigenmittel erforderlich. Hr. Mochmann berichtet weiterhin über die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen gemäß § 16 e und i SGB II. Er zeigt auf, dass neben 14 Trägern 11 Wirtschaftsunternehmen Stellen nach §16 i SGB II bewilligt werden konnten (siehe Anlage 3).

5.2. Berichterstattung Migrationsbeirat

v.: Vorsitzender Dr. Lebhart, Frau George

Herr Dr. Lebhart informiert anhand der Präsentation der Anlage 4 über die Arbeit des Migrationsbeirates und bestehende Spannungsfelder. Ziel ist es, die Quelle der Probleme zu ermitteln und adäquat vorzugehen. Es werden für alle Gruppen offene Angebote geschaffen. Herr Dr. Fischer verweist darauf, dass die emotionale Betroffenheit wichtig ist und thematisiert werden sollte. Frau Breitschuh-Wiehe bittet, Belange und Probleme an die Stadtverordnetenversammlung heranzutragen.

TOP 6 Informationen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung, Anfragen

TOP 6.1 Informationen

6.1.1. Integration von geflüchteten Menschen in Cottbus

v: Servicebereichsleiterin Bildung und Integration

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sachbereiches Bildung und Integration berichten über ihre Arbeit im Rahmen des ESF-Projektes „Stadt-Umland-Wettbewerb - Vielfalt als Chance“: Frau Werk (Bereich Kompetenzfeststellung) unterstützte 19 afghanische Flüchtlinge bei der Integration. Herr Storbeck (Bereich Netzwerk / Arbeitgeberkontakte) berichtet über Erfolge in der Qualifizierung in Zusammenarbeit mit Stadt, Wirtschaft und Eigenbetrieben. Im Projekt „National Matching“ zur Integration von Geflüchteten in das Gesundheitswesen erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Jobcenter. Frau Richter, zuständig für allgemeine Arbeitsmarktintegration im Rahmen von Frauenprojekten. Ziele sind die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit, die Begleitung in Ausbildung und die Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen. Unterstützungsbedarf besteht in allgemeinen Lebensbereichen, bei der Antragstellung, im Arbeitsmarkt und bei der Bewältigung von Prüfungsangst. Frau Hammash, zuständig für die Zielgruppe Frauen, unterstützt die Alphabetisierung in Deutsch und Arabisch, sorgt für Hilfe und Austausch. Ziel ist der Zugang zum Arbeitsmarkt.

Frau Micka beantwortet die Anfrage der AfD zu den vier angesprochenen Themen: Konzepte und Pläne für unbegleitete minderjährige Asylbewerber (umA), Bereitstellung eigenen Wohnraumes, einer möglichen undifferenzierten Zuweisung in Gemeinschaftsunterkünfte und positive Beispiele im Rahmen der Integration. Herr Groß präzisiert die Anfrage dahingehend, dass es sich um zwei bis drei konkrete, ihm bekannte Fälle, handele. Insbesondere gab es hier mehrere ablehnende Antworten der GWC auf Nachfragen nach eigenem Wohnraum.

Frau Dieckmann führt aus, dass die jungen Menschen im Fachbereich Jugend über das SGB VIII unterstützt werden. Der Fachbereich stimmt die Fälle mit den Leistungsträgern nach Asylbewerberleistungsgesetz und nach SGB II ab. Wenn Probleme bestehen, ist hier individuell zu klären, wo Schwierigkeiten auftreten. Bestehende Informationsverluste sind zu beseitigen.

6.1.2. Information zu Menschen mit Behinderung

v: Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung und Senioren

Herr Franzke berichtet anhand der Präsentation der Anlage 5. Das Thema „Behinderung“ ist auf Grund des Anteils an betroffenen Bürgern von 18%, gemessen an der Gesamtbevölkerung, kein Nischenthema. Gemeinsam mit dem Seniorenbeirat wird an der Untersetzung der Seniorenpolitische Leitlinien in einem Maßnahmeplan gearbeitet. Im Inklusionsgremium werden bis Ende 2019 Maßnahmen des Lokalen Teilhabeplanes bewertet und Ansätze zur Fortschreibung

ermittelt. Herr Franzke unterstützt den Elternstammtisch als Austauschmöglichkeit für Eltern behinderter Kinder. Er berichtet, dass der Cap-Markt in der Vetschauer Str. aus wirtschaftlichen Gründen zum 31.12.2019 schließt. Es wird nach einem neuen, wirtschaftlichen Standort gesucht. Herr Richter verweist auf die nicht erkennbare Toilettenbeschilderung am Altmarkt.

TOP 7 Sonstiges

Frau Dieckmann gibt bekannt, dass der erste Elternstammtisch für Eltern Behinderter Kinder am 20.05.2019 von 16:00 bis 18:00 Uhr im Soziokulturellen Zentrum stattfindet.

II. Nichtöffentlicher Teil

Es liegen keine Unterlagen vor.

Richter
Vorsitzender des Ausschusses

Kasch
Protokollantin

Anlagen

Anlagen1



Anlage 2



Anlage 3



Anlage 4



Anlage 5

